



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 9. Oktober 2024

Klimapolitik – den eingeschlagenen Weg ambitioniert fortsetzen!

Ambitionierte Klimapolitik führt zu messbaren Ergebnissen – wenn sie über Parteigrenzen hinweg als notwendig erachtet und umgesetzt wird. Dies zeigen die Errungenschaften der AG Klima der Wirtschaftskammer Wien: Ein hausinterner Nachhaltigkeitservice, der jährlich erscheinende Green Economy Report oder die erfolgreiche Nachhaltigkeitswoche im September 2024 sind nur drei Beispiele für echte Fortschritte. So tragen wir gemeinsam dazu bei, die Wiener Wirtschaft international als Vorreiter aufzustellen.

Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene haben sich Parlamente und Entscheidungsträger:innen auf Klimaziele geeinigt, den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben sowie Maßnahmen im Verkehrs- und Gebäudesektor beschlossen.

All diese Maßnahmen zeigen Wirkung: So sind die CO₂-Emissionen sowohl in Österreich¹, als auch in der Europäischen Union² rückläufig und der Anteil der Erneuerbaren Energien am Strommix steigt deutlich³.

Um das Erreichen der Klimaziele sicherzustellen, müssen wir den eingeschlagenen Weg ambitioniert und entschlossen fortsetzen. Das schafft Planungssicherheit für die Unternehmen, sichert den Wirtschaftsstandort langfristig und ermöglicht den verlässlichen Ausbau von Erneuerbaren Energien. Die bereits beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen sind ein erster Schritt, viele weitere müssen folgen.

¹ <https://www.umweltbundesamt.at/news220824-treibhausgasemissionen-2023>

² <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union#trends>

³ https://www.energy-charts.info/charts/renewable_share_map/chart.html?l=en&c=EU&interval=year&year=2024&share=renewable_share_of_generation



Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge die Wirtschaftskammer Österreich auffordern, sich bei der zukünftigen Bundesregierung sowie der neuen EU-Kommission dafür einzusetzen, dass der eingeschlagene Weg im Bereich Klimaschutz und Ökologisierung der Wirtschaft konsequent und ambitioniert fortgesetzt wird.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

Für die Unos:

Conrad Bauer

Peter Michael Zipper

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 9. Oktober 2024

Klimawandelanpassung 01: Solidarischer Naturkatastrophen-Beitrag

Einzelunternehmer:in oder Aktiengesellschaft, Fabriksgebäude oder lokales Unternehmen – Naturkatastrophen können uns alle unvorbereitet treffen. Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Extremwetterereignissen nehmen aufgrund des Klimawandels zu; nicht zuletzt die starken Regenfälle in ganz Österreich haben Mitte September gezeigt, mit welcher Kraft die Natur materiellen Schaden anrichten kann.

Allerdings ist es derzeit quasi unmöglich, betriebliche und/oder private Objekte in spezieller Gefahrenlage gegen Naturereignisse passend versicherungstechnisch abzusichern. Seien es Stürme, Hochwasser, Brände, Erdbeben, steigendes Grund- oder Kanalwasser: die unmittelbaren Gefahren und die daraus folgenden monetären Schäden sind meist um ein Vielfaches höher als die möglichen Deckungssummen.

Unternehmer:innen in Risikogebieten, in denen bereits Naturkatastrophen eingetreten sind oder die Wahrscheinlichkeit auf solche besteht, sind defacto nicht mehr in der Lage, ihr Hab und Gut angemessen zu versichern.

Mit der Einführung eines solidarischen Naturkatastrophen-Beitrags könnte die Versicherungswirtschaft gefährliche Risiken versichern und bestehende, aber unterversicherte Deckungen erhöhen.

Mit nur 1% Solidarbeitrag aus der Prämie der österreichischen Sachversicherungen (ohne Kfz) würde man den Solidaritätstopf um mehr als 66 Mio. Euro pro Jahr dotieren können – zum Wohl aller versicherten Unternehmen wie auch Privatobjekte.

Eine mögliche Refinanzierung wäre durch eine Reduktion der Versicherungssteuer (die mit 11% ja im europäischen Vergleich sehr hoch ist) gegeben.

Würde der Gesetzgeber die Steuer beispielsweise um 3% kürzen, könnten annähernd 200 Mio. Euro pro Jahr für Katastrophenopfer zur Verfügung stehen.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wiener Wirtschaftskammer möge beschließen, die Möglichkeiten eines solidarischen Naturkatastrophen-Beitrags in Gesprächen mit der Gesetzgeberin und der Versicherungswirtschaft zu eruieren.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 9. Oktober 2024

Klimawandelanpassung 02: Initiative Markisenkühlung Wien

Der Sommer 2024 hat uns wieder deutlich vor Augen geführt, dass die Temperaturen weiter steigen, worunter die Aufenthaltsqualität in den Straßen Wiens immer mehr leidet. Wollen wir die Einkaufsstadt Wien außerhalb von Einkaufszentren noch weiter am Leben halten, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Stadt zu kühlen.

Dazu zählen viele unterschiedliche Anstrengungen der Stadt, der Bezirke und der Unternehmen. Oberstes Ziel sind vielfältige Arten der Begrünung, aber auch alle Formen des Schattenspendens tragen dazu bei, dass Menschen an heißeren Tagen einen Einkaufsbummel unternehmen oder eben nicht.

Die lebendige innere Mariahilferstraße, die sich durch ihre Begrünung deutlich von anderen Straßen unterscheidet, ist ein gutes Beispiel für eine gelungene natürliche Kühlung.

Die Anbringung eines Schattenspenders stellt für Unternehmer:innen neben den zeitlichen Anstrengungen wegen der aufwändigen Genehmigungs-Verfahren, die eine historisch gewachsene Stadt wie Wien mit sich bringt, auch eine hohe finanzielle Belastung dar.

Dieses Investment in ein auch im Sommer lebendiges Grätzl sollte uns allen etwas wert sein, um dem wachsenden Leerstand eine kreative und positive Antwort entgegenzusetzen.

Anzumerken ist noch, dass die Genehmigung von Markisen z.B. punkto Feuerfestigkeit generell, vor allem aber bei Gebrauchtkäufen häufig eine große Hürde darstellt. Die Wirtschaftskammer könnte hier auch informativ-unterstützend punkten.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Unabhängig vom System reduziert außenliegender Sonnenschutz die Sonneneinstrahlung um 85 bis 95 Prozent. Das genügt, um einen Raum im Sommer um 5 bis 10 Grad kühler und damit im Komfortbereich von 25 bis 27 Grad zu halten. Dadurch werden also sowohl die Straße bzw. der Gehbereich wie das Geschäft gekühlt. Das führt in weiterer Folge auch dazu, die Wärme, die durch Klimaanlagebetrieb entsteht, zu senken und somit einen Beitrag zur dringend notwendigen Senkung des Energieverbrauchs und der damit verbundenen Kosten zu leisten.

Eine Maßnahme, von der wir alle profitieren und die der Wirtschaft vielfältig nützt.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Grüne Wirtschaft stellt daher den Antrag, die Wirtschaftskammer Wien möge mit den zuständigen Stellen der Stadt in Verhandlung treten und eine Förderung für kleine und mittlere Betriebe ins Leben rufen, die in eine Außenbeschattung investieren. *Es muss bei der Umsetzung sichergestellt werden, dass durch Außenbeschattung der Gesamteindruck der Straße nicht in Richtung eines Fleckerlteppichs verändert wird und die individuellen Maßnahmen zur Kühlung etwaigen künftigen Gesamtkonzepten nicht im Wege stehen.*

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 9. Oktober 2024

Klimawandelanpassung 03: Grätzloasen für Unternehmer:innen öffnen

Grätzloasen sind eine erfolgreiche Initiative der Stadt Wien, um Grätzl lebendig zu halten, soziale Interaktion zu fördern und Austausch zu ermöglichen. In Zeiten, in denen wir über 50 Tropennächte in Wien aushalten müssen, gehören alle Initiativen, die einen angenehmen Aufenthalt im Freien ermöglichen, zu einem weiteren Schritt der Klimawandelanpassung unseres täglichen Lebens.

Die Parkletgeschichten der Agenda 21 unterstreichen, wie vielfältig diese bespielt und genutzt werden und wie positiv diese auch zur Grätzlbelebung beitragen.

Gerade in Zeiten, wo der Einkaufsstadt Wien jeder Leerstand Attraktivität kostet.

Bis dato können allerdings nur Vereine und Privatpersonen um eine Unterstützung bei der Errichtung einer Grätzloase einreichen.

Eine Grätzloase muss folgende Kriterien erfüllen:

- kreativ, funktional und mit viel Grün gestaltet sein
- andere motivieren mitzumachen
- das Zusammenleben im Grätzl fördern
- keine kommerziellen Zwecke verfolgen
- realistisch im vorgesehenen Zeitraum umsetzbar sein.

Damit ist deutlich, dass sie nicht als Schanigarten genutzt werden kann.

Es gibt viele Unternehmer:innen, die eine Grätzloase vor ihrem Geschäftslokal oder auch Büro einrichten möchten – wohlgemerkt ohne kommerzielle Zwecke. Ihnen ist es lieber einen Begegnungsraum für Menschen aus ihrem Haus oder dem Grätzl als parkende Autos vor der Türe zu haben. Sie fördern gerne das Zusammenleben, die

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Begrünung ihrer Straße und halten kreatives Leben für ausreichend geschäftsfördernd: Belebte Straßen ziehen Menschen an, die dann auch einkaufen.

Hier geht es wohlgerne nicht um Gastronomiebetriebe, die die Kosten von Schanigarten-Einrichtungen scheuen. Leider werden diese Unternehmen in den Richtlinien der Agenda 21 nicht berücksichtigt. Sie sehen nämlich dezidiert nur Bewohner:innen vor ihren Häusern oder Vereine als Bezugsberechtigte vor. Diese Ungleichbehandlung von Unternehmer:innen, die in die Belebung der Stadt investieren wollen, kann nicht im Sinne der Wirtschaftskammer sein.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Grüne Wirtschaft stellt daher den Antrag, die Wirtschaftskammer Wien möge mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien in Verhandlung treten und die Fördermöglichkeiten für die Einrichtung von Grätzloasen auch auf Unternehmen vor deren Unternehmenssitz ausdehnen. *Bei Förderung muss sichergestellt sein, dass es keinen unbegrenzten „Wildwuchs“ an Grätzloasen gibt, sondern ein Maximum an Oasen pro Straße vorab festgelegt wird.*

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann



SWV WIEN
SOZIAL-
DEMOKRATISCHER
WIRTSCHAFTSVERBAND
WIEN

UNOS
Unternehmensfreude



parteilose
Fachliste
der gewerblichen Wirtschaft

FW. FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT
WIEN

Antrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien
am 09. Oktober 2024

Künstliche Intelligenz (KI) als Schlüsselfaktor für den Wirtschaftsstandort Österreich

Künstliche Intelligenz (KI) bietet eine immense Chance für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs. Damit das Potenzial von KI vollständig ausgeschöpft werden kann, braucht es Maßnahmen, um die Skepsis gegenüber KI-Anwendungen zu überwinden und um die österreichischen Unternehmen und Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu stärken.

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Wien möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftskammer Österreich in enger Abstimmung mit der Österreichischen Bundesregierung und den zuständigen Stellen die Umsetzung der folgenden Punkte sicherstellt.

1. Bildungsoffensive für KI-Kompetenzen: Stärkung von Aus- und Weiterbildung

Ausbau der KI-Kompetenzen durch Aus- und Weiterbildung in Schulen, Lehre, Universitäten und Unternehmen.

- **Bildungsprogramme für KI:** Entwicklung neuer Lehrpläne, die digitale Kompetenzen und KI-Kenntnisse in den Unterricht einbinden.
- **Berufliche Weiterbildung:** Praxisnahe Fortbildungen und Workshops, um auf die Nutzung von KI-Tools in Unternehmen vorzubereiten.
- **Digitales Nachschlagewerk:** In Abstimmung mit den Branchenvertretungen der WKO soll eine zentrale Plattform geschaffen werden. Dieses „digitale Nachschlagewerk“ soll Informationen über die neuesten KI-Tools und deren spezifische Anwendungsmöglichkeiten in verschiedenen Branchen bereitstellen.

2. Scouting und Zugang zu maßgeschneiderten KI-Lösungen

Um sicherzustellen, dass Unternehmen die Potenziale von KI optimal nutzen können, wird ein strukturierter Prozess zur Identifizierung und Einführung geeigneter KI-Tools benötigt.

- **Scouting von KI-Tools:** Ein systematisches Suchverfahren, das branchen- und berufsgruppenspezifische KI-Lösungen identifiziert, soll etabliert werden. Ziel ist es, Unternehmen den Zugang zu innovativen Technologien zu erleichtern und sie bei der Implementierung dieser Tools zu unterstützen.
- **Zugänglichkeit von Lösungen:** Gerade kleine und mittelständische Unternehmen (EPU & KMU) benötigen maßgeschneiderte und leicht zugängliche Lösungen. Der Zugang zu KI-Tools soll durch Beratungsangebote und digitale Plattformen unterstützt werden.


3. Zentrale Anlaufstelle und Förderung: Koordinierte Unterstützung für Unternehmen

Es bedarf einer zentralen Koordinierungsstelle zur Unterstützung auf Regierungsebene, um die Einführung und Nutzung von KI zu erleichtern.

- **Rechtliche und regulatorische Fragen:** Unternehmen benötigen Klarheit in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Anwendung von KI. Eine zentrale Anlaufstelle soll bei Fragestellungen zu Haftung, Datenschutz und ethischen Richtlinien Unternehmen beraten können.
- **Förderprogramme für KI-Innovationen:** Etablierung spezifischer Förderprogramme, welche Unternehmen helfen sollen bestehende Lösungen zu implementieren oder die Entwicklung neuer innovativer KI-Tools unterstützen.



Jürgen Bauer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Conrad Bauer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament




Marko Fischer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Karl Ramharter
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Reinhard Pisek
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Sonja Franzke
Delegierte zum Wirtschaftsparlament



Antrag 1 von UNOS – Unternehmerisches Österreich an das
Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien, Sitzung am 09.10.2024

Familienpaket für Unternehmer:innen: Ganztagschulen, Kinderbildung und faire Karenzregeln

Begründung

Familien brauchen Wahlfreiheit, wie sie ihr Arbeits- und Familienleben gestalten wollen. Doch bei dem aktuell mangelhaften Bildungs- und Betreuungsangebot ist dies in den meisten Regionen Österreichs nicht möglich. Österreichweit besucht weniger als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler ein ganztägiges Schulangebot. Auch die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten von Kindern bis zum Schuleintritt ist nicht zufriedenstellend: Im Kindergartenjahr 2023/24 besuchten nur 33 Prozent der unter Dreijährigen überhaupt eine elementare Bildungseinrichtung. Nur 49,6 Prozent – also nicht einmal die Hälfte - der 3- bis 5-Jährigen war in einer VIF-konformen Kinderbetreuung, also einer elementaren Bildungseinrichtung, die mit Vollzeitbeschäftigung der Erziehungsberechtigten vereinbar ist. Dies geht aus dem Monitoring-Bericht vom August 2024 zur elementaren Bildung der Statistik Austria hervor.

Ein Ausbau ist also dringen notwendig, denn nur bei entsprechendem Kinderbildungsangebot ist die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben sowohl für Arbeitnehmer:innen als auch für Unternehmer:innen ohne Abstriche möglich.

Auch die Karenzregeln müssen überarbeitet werden, denn die bestehenden Karenzregeln funktionieren für Selbstständige nicht. Wer selbstständig ist und eine Familie gründet, steht vor folgendem Dilemma: Die geltenden Zuverdienstgrenzen für Karenzgeldbezieher machen es fast unmöglich, den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Wer den Betrieb für die Zeit der Elternkarenz zusperrt, verliert seine Kunden. Die Situation ist also für Selbstständige, die Eltern werden, – insbesondere für Einzelunternehmen – eine völlig andere als für Angestellte. Das hat der Gesetzgeber nicht berücksichtigt.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament Wien möge eine Aufforderung an die zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung, der gesetzgebenden Körperschaften und den Wirtschaftskammern beschließen, dem nachfolgenden Antrag zu entsprechen und im Rahmen der jeweiligen Kompetenzen dessen Verwirklichung herbeizuführen:

„Es ist ein Paket zur Entlastung der Familien in Österreich zu schnüren, das folgende Maßnahmen umfasst:

1. **Ausbau Ganztagschulen:** *Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten – insbesondere auch die Ganztagesplätze in Schulen, und zwar sowohl jene mit als auch jene ohne die verschränkten Einheiten von Unterricht, Lern und Freizeitstunden – sollen erheblich ausgebaut werden. Dabei soll sichergestellt sein, dass jedes Kind ohne zusätzliche Kosten für die Erziehungsberechtigten ein warmes Mittagessen bekommt.*
2. **Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbildung:** *Rascher, flächendeckender Ausbau einer vollzeitkompatiblen, qualitativ hochwertigen Kinderbildung mit Rechtsanspruch auf einen*

Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag, damit Familien die volle Wahlfreiheit für ihr individuelles Lebensmodell zukommt. Dabei soll sichergestellt sein, dass jedes Kind ohne zusätzliche Kosten für die Erziehungsberechtigten ein warmes Mittagessen bekommt. Die Gruppen sind so zu führen, dass die qualitativ hochwertige Kinderbildung jedenfalls auf den Erwerb und die zukünftige Beherrschung der deutschen Sprache ausgerichtet ist. Darauf ist insbesondere auch dann zu achten, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, dass Gruppen bei entsprechender Nachfrage, mehrsprachig geführt werden können.“

Für UNOS:

Conrad Bauer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

Peter Michael Zipper
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann



Antrag 2 von UNOS – Unternehmerisches Österreich an das
Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien, Sitzung am 09.10.2024

Unternehmen brauchen Entlastung: Steuern senken und Spielraum für Wachstum schaffen

Begründung

Österreichs Wirtschaft stagniert und liegt in seiner Entwicklung unter dem Durchschnitt der Euroländer. Im 2. Quartal 2024 ging das Bruttoinlandsprodukt zum fünften Mal in Folge zurück und verringerte sich laut Statistik Austria im Vergleich zum Vorjahresquartal um 0,6 Prozent. Besonders betroffen sind die Industrie, der Großhandel und die Bauwirtschaft.

Der Vergleich innerhalb der EU zeigt, dass die Ursachen dafür nicht nur in den globalen Krisen und Konflikten liegen, sondern zu einem guten Teil hausgemacht sind. Ein wesentlicher Bremsklotz für eine prosperierende Wirtschaft ist die hohe Steuer- und Abgabenquote in Österreich. Es gilt daher, endlich Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen zu setzen, damit diese nicht nur überleben, sondern auch wachsen können.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament Wien möge eine Aufforderung an die zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung, der gesetzgebenden Körperschaften und den Wirtschaftskammern beschließen, dem nachfolgenden Antrag zu entsprechen und im Rahmen der jeweiligen Kompetenzen dessen Verwirklichung herbeizuführen:

Es ist ein Paket zur Entlastung der Unternehmen in Österreich zu schnüren, das folgende Maßnahmen umfasst:

1. **Befreiung der Arbeitgeber von Lohnnebenkosten:** Die weiteren Lohnnebenkosten sollen künftig aus dem Bundesbudget finanziert werden. Diese Belastungen stehen in keinem Zusammenhang mit der Arbeitsleistung. Namentlich sind dies: der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der Wohnbauförderungsbeitrag und die Kommunalsteuer.
2. **Investitionsoffensive:** Einführung einer degressiven Abschreibung mit 50 Prozent für bewegliche Wirtschaftsgüter im ersten Jahr, um Investitionen zu fördern und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen.
3. **Vereinfachung des Steuersystems:** Generelle Durchforstung des Steuer- und Abgabenrechts und der Verwaltungspraxis, um die unternehmerische Tätigkeit zu fördern, statt sie zu behindern. Beendigung der Benachteiligung von einkommensteuerpflichtigen Unternehmen gegenüber körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen. Schaffung einer Lösung, damit Unternehmen ihre Steuern und Sozialabgaben (SV, UST, LSt, ...) an einer Stelle gesammelt zahlen können. Ein intelligenter Staat muss in der Lage sein, für die Aufteilung seiner Einnahmen selbst zu sorgen.

Für UNOS:

Conrad Bauer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

Peter Michael Zipper
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann